

Frank Gesemann / Leif Jannis Höfler

Wachsende sozialräumliche Spaltungen erfordern neue Wege der Beteiligung

Ergebnisse eines Forschungsprojekts zu Potenzialen von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie

Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Miteinander in Städten ist in den vergangenen Jahren zu einem Kernthema politischer Debatten avanciert. Neben den durch Digitalisierung, Globalisierung und weltweite Migrations- und Fluchtbewegungen hervorgerufenen Spaltungstendenzen lässt sich innerhalb von Städten eine sich verstärkende sozialräumliche Disparität sowie eine wachsende Polarisierung beobachten, die mit der Herausbildung von Räumen einhergeht, die aufgrund von Alterungs-, Schrumpfungs-, Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozessen mit einer Kumulation von Problemen konfrontiert sind (vgl. Gesemann, Schwarze und Seidel 2019; Schnur et al. 2019).

Jene sozialräumlichen und soziokulturellen Spaltungslinien erstrecken sich zugleich als Erosionserscheinungen bis in zentrale Bereiche der repräsentativen Demokratie. Dazu gehören eine zunehmende Wahlenthaltung und geringere politische Kompetenzen sowie der Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen.

Ansatzpunkte für eine Vitalisierung der Demokratie werden vor allem auf der lokalen Ebene gesehen, denn vor Ort bieten sich aufgrund der Lebensnähe politischer Prozesse sowie der geringeren Distanzen zwischen Politik, Verwaltung und lokaler Bevölkerung prinzipiell besonders gute Mitwirkungsmöglichkeiten. Neue Angebote und innovative Formen der Beteiligung könnten der bestehenden Politikverdrossenheit und der Skepsis gegenüber einer rein repräsentativen Demokratie entgegenwirken (vgl. Bogumil/ Holtkamp 2013: 187).

Werden Beteiligungsmöglichkeiten im Gegenteil jedoch zu zögerlich oder gar nicht in die Praxis übersetzt, drohen weitere Verschärfungen der beschriebenen Spannungen und die fortschreitende Aushöhlung demokratischer Legitimität. Eine solche negative Dynamik verschärft sich insbesondere in Gebieten und Stadtteilen, die stark von sozialer Ungleichheit gekennzeichnet sind. Vor allem in kleinräumigen Analysen zeigen sich demokratische Erosionserscheinungen zusätzlich in Form eines Repräsentationsproblems (vgl. Schäfer 2015).

Die Förderung der lokalen Demokratie sollte somit bei der Zivilgesellschaft und insbesondere bei weniger repräsentierten Gruppen ansetzen, da nachbarschaftliches Miteinander, Engagement und Solidarität, politisches Interesse und gesellschaftliche Teilhabe nicht nur Aus-

druck einer lebendigen, partizipativen Demokratie, sondern auch eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit und Qualität demokratischer Institutionen und Verfahren sind (vgl. Wiesner 2018: 30).

In diesem Beitrag werden einige Ergebnisse eines Forschungsprojekts vorgestellt und diskutiert, dass das DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung und in Kooperation mit der Hochschule für Angewandte Pädagogik (HSAP) durchgeführt hat. Die Ergebnisse des Projekts wurden in der Schriftenreihe des vhw veröffentlicht (vgl. Gesemann/ Riede 2021).

Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie

Erkenntnisinteresse – theoretische Vorannahmen – methodisches Vorgehen

Mit dem Forschungsprojekt »Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie« wurde erhoben, inwieweit es gelingt, den Anspruch von Gemeinwesenarbeit, Aktivierung, Beteiligung, Empowerment und Demokratieförderung unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen sowie Akteurs- und Förderstrukturen umzusetzen. Konkret erwartet wurden vor allem Effekte auf drei Ebenen: (1) in der Förderung von Demokratie als sozialer und kultureller Lebensform, die mit einer Akzeptanz von Diversität und Meinungsvielfalt sowie einem zivilen, lernenden Umgang miteinander einhergeht; (2) in der Ermöglichung kommunikativen Austauschs in verschiedenen Settings sowie (3) in der Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten und der brückenbauenden Stärkung einer aktiven Zivilgesellschaft.

Da das Potenzial der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie vor allem in der Aktivierung und Stärkung von Individuen sowie in der Ermöglichung kollektiver Selbstwirksamkeitserfahrungen (vgl. Rosa 2016: 275) verortet wird, wurde untersucht, ob bzw. in welchem Maße eine aktivierende Gemeinwesenarbeit einen Beitrag zur Etablierung eines »politischen Resonanzraums« leistet, durch den die lokale Demokratie gestärkt wird.

Die Studie wurde im Zeitraum von September 2018 bis März 2020 umgesetzt. Kernelement waren empirische Erhebungen in den fünf Untersuchungsgebieten Berlin Spandau Heerstraße Nord, Hamburg St. Pauli Süd, Dortmund Nordstadt, Dresden Prohlis und Düren. Die eingesetzten Methoden umfassten neben qualitativen Interviews mit Akteuren und Trägern der lokalen Gemeinwesenarbeit sowie den zuständigen Stellen in Verwaltung und Politik auch Fokusgruppendifkussionen mit Netzwerkpartnerinnen und -partnern, engagierten Bewohnerinnen und Bewohnern und lokalen Initiativen sowie standardisierte Bevölkerungsbefragungen.¹

¹ Die Zitate in diesem Beitrag stammen aus Interviews, die im Rahmen des Projekts »Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie« geführt wurden.

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung im Städtevergleich

Mit Hilfe einer Bevölkerungsbefragung wurden im Sommer 2019 grundlegende Einflussfaktoren von sozialem Zusammenhalt in den fünf Untersuchungsgebieten erhoben.² Die Befragung umfasste geschlossene Fragen zur Bewertung des sozialen Miteinanders, Nutzung von Einrichtungen im Stadtteil, Engagement für das Gemeinwesen und Vertrauen in lokale Politik sowie eine offene Frage zur Stärkung von Engagement und Beteiligung vor Ort. In jedem Quartier wurden mindestens 120 Menschen befragt, wobei die Selektivität der Befragten durch verschiedene Maßnahmen reduziert wurde, sodass von einer ausreichenden Repräsentativität ausgegangen werden kann.³

Die Ergebnisse der Befragung zeigen insgesamt ein verhalten positives Bild des sozialen Zusammenlebens in den Quartieren, auch wenn sich die Stadtteile erheblich voneinander unterscheiden (siehe auch die Zusammenschau der Mittelwerte zu den einzelnen Fragenkategorien in *Abbildung 1*). Eine Mehrheit der Befragten fühlt sich mit ihrem Stadtteil verbunden (60,5 %), ist mit ihren persönlichen Kontakten im Sozialraum zufrieden (69,9 %) und bewertet die gegenseitige Unterstützung in der Nachbarschaft positiv (54,4 %). Eine Mehrheit interessiert sich zwar stark für das Geschehen im Stadtteil (52,9 %), aber nur etwas weniger als ein Viertel setzt sich aktiv für das Gemeinwesen ein, nimmt an öffentlichen Nachbarschaftsaktionen teil (22,9 %) oder beteiligt sich in irgendeiner Form politisch (23,1 %). Sehr gering ausgeprägt ist das Vertrauen in die (lokale) Politik (14,7 %), was, mit Ausnahme von Hamburg St. Pauli, mit einer niedrigen Wahlbeteiligung korrespondiert.

Gefragt haben wir zudem nach Bekanntheit und Nutzung bestimmter Institutionen im Stadtteil wie Beratungsstellen, Familienzentren, Stadtteil-/Nachbarschaftszentren sowie kulturellen Einrichtungen. Insgesamt zeigt sich, dass weniger als ein Drittel der Befragten die Einrichtungen regelmäßig oder gelegentlich nutzt. Mehr als die Hälfte bis drei Viertel der Befragten kennen die Einrichtungen entweder nicht oder nutzen sie nie. Kulturelle Einrichtungen werden noch am häufigsten genannt (31,6 %), gefolgt von Nachbarschafts-/Stadtteilzentren (17,8 %), Beratungsstellen (14,9 %) und Familienzentren (10,8 %).

Differenziert nach Untersuchungsgebieten zeigt sich eine hohe Nutzungsintensität von kulturellen Einrichtungen in Hamburg St. Pauli (43,8 %), in Dresden (38,3 %) und Dortmund (35,5 %), von Stadtteil- und Nachbarschaftseinrichtungen in Düren (24,2 %), in Hamburg St. Pauli (19,8 %) und in der Dortmunder Nordstadt (17,6 %). Die meisten regelmäßigen Nutzerinnen

² Die Bevölkerungsbefragung wurde vom DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration im Rahmen des Projekts „Potenziale für Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie“ konzipiert und umgesetzt. Die Ergebnisse sind ausführlich im Abschlussbericht des Projekts dokumentiert (vgl. Gesemann/Seidel 2021). Zu den fünf Untersuchungsgebieten liegen zudem Sonderberichte vor, die beim DESI angefragt werden können.

³ Insbesondere Befragung an verschiedenen Orten, Befragung an verschiedenen Wochentagen und zu verschiedenen Tageszeiten, situative Strategien der Zufallsauswahl von Passantinnen und Passanten bei gleichzeitiger Orientierung wichtiger soziodemographischer Faktoren (Geschlecht und Altersgruppen) am Bevölkerungsquerschnitt des Stadtteils.

und Nutzer sind dort zu finden, wo vielfältige Angebote der Sozial-, Kultur- und Gemeinwesenarbeit an einem Stadtteilzentrum angedockt sind oder wo, wie in Düren, Stadtteil- und Nachbarschaftseinrichtungen selbstverwaltet werden. Die Ergebnisse zeigen, dass kulturelle Angebote im Stadtteil ein wichtiger Ansatzpunkt für Gemeinwesenarbeit sind, um Menschen für Teilhabe zu aktivieren.

Abbildung 1: Mittelwerte in den Fragekategorien zum sozialen Zusammenleben im Städtevergleich

Zugrunde gelegt ist eine Skala von 1 (niedrige Werte) bis 5 (hohe Werte). Hervorgehoben sind jeweils die beiden höchsten Werte (grün) und der niedrigste Wert (rot)

	Verbundenheit	Soziale Kontakte	Zusammenleben alt – neu	Gegenseitige Hilfe/ Unterstützung	Interesse am Geschehen im Stadtteil	Einsatz für lokale Interessen	Politische Beteiligung ¹	Vertrauen in lokale Politik	Mittelwert aller Kategorien
Berlin Heerstraße Nord	3,36	3,53	2,79	3,20	3,43	2,34	1,51	2,23	2,80
Dortmund Nordstadt	3,72	3,84	2,93	3,20	3,31	2,55	1,73	2,45	2,97
Dresden Prohlis	3,54	3,70	3,38	3,45	3,13	2,58	1,45	2,60	2,98
Düren	3,75	3,94	3,38	3,74	3,59	2,77	1,72	2,72	3,20
Hamburg St. Pauli Süd	4,27	4,36	3,42	3,90	3,94	2,91	2,30	2,43	3,44
Gesamt	3,73	3,88	3,18	3,50	3,48	2,63	1,74	2,48	3,08

¹ Mittelwert der drei abgefragten Formen politischer Beteiligung.

Quelle: Gesemann/ Seidel (2021)

Dr. Julia Günther, Referentin für Demokratie und Zivilgesellschaft im Bürgermeisteramt der Landeshauptstadt Dresden, ist von der demokratiefördernden Wirkung kultureller Angebote überzeugt:

»Wenn ich ›Zu Hause in Prohlis‹ des Societätstheaters oder auch das ursprünglich in Prohlis entstandene und beheimatete Projekt ›Musaik‹ (hier musizieren Kinder aller Schichten und mit verschiedener Herkunft miteinander) und deren Effekte für die Vermittlung demokratischer Werte und die Stärkung von gesellschaftlichem Zusammenhalt betrachte, lässt sich aus meiner Sicht sagen, dass kulturelle Aktivitäten ein besonderes Potenzial der Mobilisierung von (unterschiedlichsten) Menschen und einer ›Demokratievermittlung nebenbei‹ haben und sich gerade in eher problematischen Stadtteilen zur Förderung von Teilhabe und Zusammenhalt eignen (Julia Günther, Landeshauptstadt Dresden, 19. März 2020).

Engagement für die Wohngegend und Beteiligung an Nachbarschaftsaktionen

Zu den zentralen Elementen von demokratischer Integration gehören freiwilliges Engagement und politische Beteiligung. Etwa ein Viertel (24,7 %) der Befragten setzt sich nach eigenen Angaben selbst »sehr stark« oder »stark« für die Interessen ihrer Wohngegend und der dort

lebenden Menschen ein. Die Antworten auf die Frage, ob sich die Befragten in letzter Zeit einmal an einer öffentlichen Nachbarschaftsaktion beteiligt haben, zeigen ähnliche Ergebnisse (22,9 %). Es zeigt sich bei diesen Fragen allerdings eine Dreiteilung der Untersuchungsgebiete mit hohen (Hamburg St. Pauli, Düren), mittleren (Dortmund Nordstadt) und niedrigen Engagementwerten (Dresden Prohlis, Berlin Spandau Heerstraße). Dennoch können die Werte als vergleichsweise hoch bewertet werden (siehe z. B. Gesemann, Schwarze und Seidel 2019: 97). Sie verweisen auf zivilgesellschaftliche Potenziale in den Untersuchungsgebieten, die es – auch im Rahmen einer aktiven Gemeinwesenarbeit – zu erschließen gilt.

Politische Beteiligung im Stadtteil

Knapp ein Viertel der Befragten (23,1 %) beteiligt sich in ihrem Stadtteil in zumindest einer der abgefragten Formen: Sie wenden sich mit einem Anliegen an Politiker*innen oder Gremien (6 %), schließen sich mit anderen in einer Gruppe zusammen, um ein bestimmtes Anliegen zu verfolgen (8,5 %) oder nehmen an Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen teil (18,1 %). Im Vergleich zeigen sich allerdings erhebliche Unterschiede bei der politischen Beteiligung, die von geringen Werten in Dresden Prohlis (8,3 %), Berlin Heerstraße Nord (12,6 %) und Düren (14,2 %) über mittlere Werte in der Dortmunder Nordstadt (25,4 %) bis zu sehr hohen Werten für Hamburg St. Pauli (54,5 %) reichen. Gebietsübergreifend gibt mehr als die Hälfte der Befragten (56,0 %) an, sich noch nie in irgendeiner dieser Formen engagiert zu haben.

Mit Ausnahme von Hamburg St. Pauli haben große Bevölkerungsteile in den Untersuchungsgebieten nur wenige Berührungspunkte mit der lokalen Demokratie. Diese Leerstellen belegen den Mangel an demokratischer Integration und zeigen auf, dass die vor Ort eingesetzten Instrumente demokratischer Integration erweitert und/oder weiterentwickelt werden müssen. Diese Einsicht liefert aus unserer Sicht starke Argumente dafür, die vielversprechenden Ansätze der Gemeinwesenarbeit zu stärken, um die Chancen für die Revitalisierung der Kultur der Demokratie vor Ort zu erhöhen.

Vertrauen in lokale Politik

Eine der Kernfragen der Bevölkerungsbefragung war die nach dem Vertrauen, das die Befragten der lokalen Politik entgegenbringen. Das ernüchternde Ergebnis zeigt, dass nur 15 Prozent der Befragten »sehr großes« (2 %) oder »großes Vertrauen« (13 %) in die lokale Politik haben. Knapp die Hälfte aller Befragten zeigen hingegen nur ein »geringes« (26 %) oder »überhaupt kein Vertrauen« (21 %). Beim Vergleich der Untersuchungsgebiete zeigt sich ein bemerkenswertes Ergebnis: Hamburg St. Pauli Süd, das Gebiet, das bei allen anderen Fragen Spitzenwerte erzielt (insbesondere auch beim Engagement und der politischen Beteiligung im Stadtteil), weist hier den zweitniedrigsten Mittelwert und den niedrigsten Anteil der Befragten mit einem sehr großen oder großen Vertrauen in lokale Politik auf (9 %).

In Hamburg St. Pauli steht das Engagement eines großen Teils der Stadtteilbevölkerung in einem Spannungsverhältnis zur lokalen Politik (Protestkultur). Das spiegelt sich auch in der Ausrichtung der Gemeinwesenarbeit vor Ort als einem Akteur wider, der die Interessen der Anwohnenden auf- und ernstnimmt und sich als deren Anwalt positioniert:

»Wir haben einen Ansatz von einer konfliktorientierten Gemeinwesenarbeit und vor allem von einer parteilichen Gemeinwesenarbeit. (...) Es [gibt] keinen neutralen Runden Tisch in der Gesellschaft, der Tisch hat Ecken und Kanten. Es gibt Leute, die sind artikulationsstärker, und es gibt Leute, die kommen gar nicht an diesen Runden Tisch. Entweder, weil sie nicht gewünscht sind, oder weil sie sich nicht eingeladen fühlen, oder weil sie nicht gesehen werden als Akteure in diesem Prozess. Das ist (...) unsere Aufgabe, diese Brüche und auch dieses Machtgefälle und die bestimmten Herrschaftsinstrumente (...) im Blick zu haben und zu sagen: ›Okay, wie kriege ich den Runden Tisch (...) tatsächlich rund?« (Steffen Jörg, GWA St. Pauli, 14. Juni 2019).

Beteiligung an Kommunalwahlen

Mit Ausnahme von Hamburg St. Pauli zeichnen sich die Untersuchungsgebiete durch eine niedrige Beteiligung an den letzten Kommunalwahlen aus. Im Falle von Berlin Spandau und Dresden Prohlis liegt diese deutlich unter der Gesamtwahlbeteiligung, während die Stadt Dürren auch insgesamt einen eher niedrigen Wert von 43,7 Prozent (2018) aufweist. Besonders kritisch gestaltet sich die Einbettung in die repräsentative Demokratie in der Dortmunder Nordstadt, wo nur 24,5 Prozent (2018) der Wahlberechtigten bei der letzten Kommunalwahl eine Stimme abgegeben haben. Dieser bedenkliche Wert ist vor allem daraus ableitbar, dass aufgrund eines vergleichsweise hohen Anteils von Nichtdeutschen nur etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung überhaupt wahlberechtigt ist. Die zwangsläufig niedrige Wahlbeteiligung führt zu einer Situation, in der das Gremium, das die Interessen der lokalen Bevölkerung vertritt, nur von 12,9 Prozent der Bevölkerung des Stadtteils gewählt wurde.

Das Fallbeispiel der Dortmunder Nordstadt weist auf den großen Anteil der Nichtwählenden hin, der in allen Gebieten, mit Ausnahme von Hamburg St. Pauli, bei über der Hälfte der Wahlberechtigten liegt. Die schwierigen sozioökonomischen Konfigurationen in den jeweiligen Gebieten erschweren die politische Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner (vgl. Schäfer 2015). Auch abseits des Beispiels der Dortmunder Nordstadt zeigt sich, dass selbst bei deutlich höheren Anteilen der Wahlberechtigten an der Bevölkerung des jeweiligen Untersuchungsgebiets nur etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung von ihrem Wahlrecht Gebrauch macht. Ein Zugang zur repräsentativen Demokratie, der über ihre direkten und kooperativen Elemente hinausgeht, ist somit, trotz aktiver Gemeinwesenarbeit, keinesfalls sichergestellt.

»Viele Studien belegen, dass in Stadtteilen, in denen die Bevölkerung über geringe sozio-ökonomische Ressourcen verfügt, wenig gewählt wird. (...) Ein großer Teil von Menschen sind in diesem [demokratischen] System nicht repräsentiert, denn es gibt außerdem noch viele, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus gar nicht wählen dürfen, da gibt

es eine richtige demokratische Lücke, ein großes Problem« (Sabine Stövesand, Professorin an der Hochschule für angewandte Wissenschaft Hamburg, 13. Juni 2019).

Demokratische Integration in den Untersuchungsgebieten

Für die Bewertung der Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung bietet sich ein Konzept an, das Blinkert und Klie (2019) vorgeschlagen haben, um die demokratische Integration von Ländern, Regionen oder Gemeinden zu erfassen. Zu einem lebendigen demokratischen Gemeinwesen gehören nicht nur demokratische Institutionen, sondern auch eine »Kultur der Demokratie«, die sich im Engagement der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen, in der Nutzung von Partizipationsmöglichkeiten und im Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse zeigt.

In der Zusammenschau unserer Studie zeichnet sich Hamburg St. Pauli Süd durch den höchsten Wert für die demokratische Integration des Gemeinwesens aus, etwas geschmälert nur durch ein eher geringes Vertrauen in lokale Politik, was als Integration durch aktives Engagement, Beteiligungsansprüche und Konfliktbereitschaft gedeutet werden kann. Den niedrigsten Wert weist das Gebiet Berlin Heerstraße Nord auf – mit deutlichen Tendenzen von Resignation und Rückzug sowie einer Erosion der demokratischen Integration. Düren zeichnet sich durch ein hohes Vertrauen in lokale Politik und ein starkes Engagement für lokale Anliegen aus, was auch den besonderen Charakter einer Mittelstadt widerspiegelt. Das untere Mittelfeld bilden die Stadtteile Dresden Prohlis und Dortmund Nordstadt mit jeweils unterschiedlichen Chancen und Herausforderungen.

Fazit

Insgesamt bestätigen die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen die skizzierten Herausforderungen von Demokratie und sozialem Zusammenhalt sehr deutlich. Sie zeigen darüber hinaus auf, dass in den Untersuchungsgebieten sehr unterschiedliche Logiken und Muster sozialer und demokratischer Integration berücksichtigt werden müssen. Dementsprechend muss die Gemeinwesenarbeit Ansätze zur Bearbeitung der Herausforderungen vor Ort entlang der sozialräumlichen Spezifika entwickeln. Zu den wesentlichen Einflussfaktoren gehören sozioökonomische, soziodemographische und politische Strukturen und Dynamiken wie die Bevölkerungszusammensetzung (Altersstruktur, Anteil sozial unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen, Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund) sowie das Vertrauen der Wohnbevölkerung in die lokale Politik.

Auch in Hinblick auf Möglichkeiten für eine Stärkung der lokalen Demokratie sind die Potenziale der Gemeinwesenarbeit abhängig von ihrer Ausrichtung und Verankerung im Quartier, der Akzeptanz, Nutzung und Verbreitung ihrer Angebote sowie von Charakter und Qualität kommunaler Politik. Eine Gemeinwesenarbeit, die sensibel ist für die lokalen Anforderungen und Spannungsfelder, kann gezielt lokale Impulse zur Revitalisierung der Demokratie setzen. So ließe sich das in bestimmten sozialräumlichen Konstellationen diagnostizierte Repräsentati-

onsproblem bearbeiten, indem die Gemeinwesenarbeit benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu mehr Sichtbarkeit und Mitsprache in politischen Entscheidungsprozessen vor Ort verhilft und sich gemeinsam mit der lokalen Politik darum bemüht, Anliegen der Bewohnerschaft zu identifizieren und produktiven Vorschlägen einen politischen Resonanzraum zu eröffnen. Mit Blick auf die Weiterentwicklung demokratischer Instrumente kann die Gemeinwesenarbeit auch alternativen Beteiligungsformen zu größerer Bekanntheit verhelfen und die lokale Politik ermutigen, mehr Beteiligung zu wagen.

Literatur

Bogumil, Jörg/ Holtkamp, Lars (2013): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Gesemann, Frank/ Riede, Milena (Hrsg.) (2021): Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht. Unter Mitarbeit von Lea Freudenberg, Alexander Seidel (DESI) und Amanda Groschke, Antje Bruno (HSAP). vhw-Schriftenreihe Nr. 21. Berlin 2021: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung [im Druck].

Gesemann, Frank/ Roth, Roland (2015): Engagement im Quartier. BBSR Online-Publikationen, 04/2015. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Verfügbar unter: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2015/ON042015.html> [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].

Gesemann, Frank/ Schwarze, Kristin/ Seidel, Alexander (2019): Städte leben Vielfalt. Fallstudien zum sozialen Zusammenhalt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Gesemann, Frank/ Seidel, Alexander (2021): Sozialer Zusammenhalt und demokratische Integration im Stadtteil – Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung in den Untersuchungsgebieten. In: Gesemann, Frank/ Riede, Milena (Hrsg.): Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht. Berlin 2021: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung [im Druck].

Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.

Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main: Campus

Schnur, Olaf/ Krüger Kirsten/ Drilling, Matthias/ Niermann Oliver (2019): Quartier und Demokratie – eine Einführung. In: Schnur, Olaf/ Drilling, Matthias/ Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer VS. S. 1-25.

Wiesner, Claudia (2018): Multi-Level-Governance und lokale Demokratie. Politikinnovationen im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS.

Autoren

Dr. Frank Gesemann ist Diplom-Politologe, Mitbegründer und Geschäftsführer des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI).

Leif Jannis Höfler, M.A. Europäische Ethnologie, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am DESI Institut.

Kontakt: info@desi-sozialforschung-berlin.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de